

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung

Nr. 3 / September 2017
16. Jahrgang

SELEKTIVE WAHRNEHMUNG

Ausgeblendet –
die Kriegsverbrechen
Japans und der USA,
die Menschenrechts-
verletzungen Südkoreas



Angeprangert – Die
Menschenrechtsverletz-
ungen Nordkoreas

Nordkorea: Den Konflikt verstehen lernen

Als wir mit meinem Friedensfreund Sonoda-san aus Nagasaki das Atombombenmuseum besuchten, sagte er: „Hier werden wir Japaner als Opfer gezeigt, aber es gab auch koreanische und Opfer anderer Nationalitäten“. Diese werden nun inzwischen auch erwähnt. Seine Gruppe betreibt ein kleines Museum: „Wir zeigen Japans Kriegsverbrechen, denn um zu Frieden und Versöhnung zu kommen, braucht es die ganze Wahrheit.“ Die Bilder von Massmord, die wir dort zu sehen bekamen erinnerten mich an solche, die wir ansehen müssen, wenn wir die Menschenrechtsverbrechen des Dritten Reiches aufarbeiten.

KOREA UNTER JAPANISCHER BESATZUNG

1871 besetzte Japan Korea. Die Bevölkerung litt unter der brutalen Unterdrückung durch Japan und der mit den Besatzern zusammenarbeitenden Aristokratie. Die Unterdrückung wurde in den 30er Jahren noch schlimmer, nachdem Japan auch die Mandschurei besetzt hatte. Männer wurden in die japanische Armee gezwungen, Frauen wurden zu Sexsklaven für die Soldaten (comfort women). Im Laufe des zweiten Weltkriegs verloren die Japaner ihre Herrschaft. Aus dem Widerstand bildeten sich in ganz Korea sozialistische Volkskomitees unter der Führung von Kim II Sung. Doch die USA und die Sowjetunion teilten Korea unter sich auf. Den Norden erhielt Russland, den Süden die USA. Im Süden wurden die Bürgerkomitees brutal verfolgt, um den Kommunismus auszurotten. So wurden auf der Jeju-Insel Dörfer niedergebrannt und bis zu 60.000 Inselbewohner getötet.

DER KOREA-KRIEG

Es gab immer wieder Grenzstreitigkeiten. Sie weiteten sich 1950 zu einem internationalen Krieg aus. Die USA griff ein mit Flächenbombardements und Napalm - mehr als im Vietnamkrieg. Die großen Städte wurden ausgeradiert. Der Atomwaffeneinsatz wurde angedroht. Mit dem Eingreifen Chinas wurde ein Patt erreicht und 1953 ein Waffenstillstand vereinbart. Bis dahin waren 940.000 Soldaten und etwa drei Millionen Zivilisten getötet worden, beinahe die gesamte Industrie des Landes zerstört. Bis heute gibt es keinen Friedensvertrag. In Manövern führen die USA und Südkorea bis heute Nordkorea immer wieder vor, dass sie die Fähigkeit besitzen, es auszulöschen.

DER ATOMKONFLIKT

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un setzt auf den Besitz von Nuklearwaffen, um sein Regime zu sichern. Die US-Kriege im Irak und Afghanistan, die NATO Angriffe in Jugoslawien und Libyen haben den Irrglauben verbreitet, dass nur der Besitz von Atomwaffen Sicherheit vor Angriffen gewährleisten kann. Um das Zusteuern auf einen Atomkrieg zu beenden ist es notwendig, die Sicherheitsinteressen Nordkoreas zu berücksichtigen.

Nordkorea hat schon unter Präsident Obama den Vorschlag unterbreitet, wenn die Großmanöver der USA mit Südkorea eingestellt werden, die Atom- und Raketentests zu beenden. Dieser wurde abgelehnt. Der Weg der Diplomatie wird nicht einfach sein, aber er ist möglich.

[Wolfgang Schlupp-Hauck]

IN DIESEM HEFT

SOMMERAKTIVITÄTEN



Workcamp Foto: Sarah Gräber
Unser diesjähriges Workcamp stand unter den Zeichen: Kunst, Flaggentag, Atomwaffenverbot und Aktionspräsenz in Büchel. Wir berichten auf den **Seiten 2 und 7**



Japanreise Foto: Passant
Um für das Kunstprojekt 50-Städte-50-Spuren-Eine Welt ohne Atomwaffen zu werben war Wolfgang Schlupp-Hauck mit der Künstlerin Klaudia Dietewich und Ihrem Mann Raimund Menges in Hiroshima und Nagasaki. Zusammen mit der Delegation der Landeshauptstadt Hannover besuchten Sie die Generalversammlung der Mayors for Peace.

Im Blick war bei den Diskussionen das gerade verabschiedete Atomwaffenverbot. (**Seiten 3-6**). Die Freude über das Zustandekommen des Vertrags war überschattet von der Korea-Krise (nebenstehender Artikel).

BÜCHEL IST ÜBERALL!

atomwaffenfrei.
jetzt

Pressehütte

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

für mich neigt sich ein Sommer voller Aktivitäten dem Ende entgegen. Ich betreute zunächst das diesjährige internationale Workcamp, zu dem wir mit dem Versöhnungsbund eingeladen hatten. In die Zeit des Workcamps fiel der Flaggentag der Mayors for Peace. Es war eine intensive Zeit, über die wir in diesem FreiRaum für Euch berichten. Zum Flaggentag wurde in New York der Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet. Wir nehmen ihn in den Blick und wollen Anstöße geben, wie wir sein Inkrafttreten unterstützen und ihn für unsere Aktivitäten nutzen können. Kurz nach dem Workcamp hieß es Koffer packen für Japan zur Generalversammlung der Mayors for Peace. Zusammen mit der Künstlerin Klaudia Dietewich und Raimund Menges sowie einer Delegation aus Hannover reisten wir nach Hiroshima und Nagasaki.

Jetzt beginnt der Herbst. Der neue Bundestag ist gewählt, die neue Regierung bildet sich. Wir werden uns mit den gesammelten Unterschriften in die Koalitionsverhandlungen einmischen. Die Koreakrise verlangt unser Eintreten für Verhandlungen.

Im Dezember dann der 30. Jahrestag der Unterzeichnung des INF-Vertrags, den wir nicht nur für Erinnerungsarbeit, sondern auch für Anregungen und Anstöße für die weitere Abrüstungsarbeit nutzen wollen. Wer aus diesem Anlass noch selbst etwas lokal organisieren möchte, kann sich in der Pressehütte melden. Wir unterstützen bei der Referentensuche und kommen, wenn gewünscht auch möglichst selbst.

Mit herzlichen Grüßen



Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Übrigens: Über den Besuch des Workcamps im Rathaus Stuttgart gibt es einen Kurzfilm unter www.50cities-50traces.org



Fotos oben: Sakhr Aldi, Stuttgart, 50-Städte-50-Spuren; links: Brigitte Schlupp-Wick, Flaggentag Rothenburg; rechts: Thomas Bühler, Flaggentag Mutlangen ;

Weltuntergangsuhr, Regenbogen und Friedenshase

UNSER INTERNATIONALES FRIEDENS-WORKCAMP VOM 1. BIS 16. JULI 2017

Ein Friedenscamp, das viel unterwegs war: Auftakt in der Pressehütte Mutlangen zum Kennenlernen und zur Einführung ins Thema am historischen Ort; mit den selbst gestalteten Bannern zu den Flaggentagen nicht nur in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd, sondern auch in Stuttgart, Mainz und Rothenburg, und zum Abschluss nach Büchel, wo immer noch 20 Atombomben lagern.

SARAH KOMMT MIT DER GRUPPE NACH MUTLANGEN

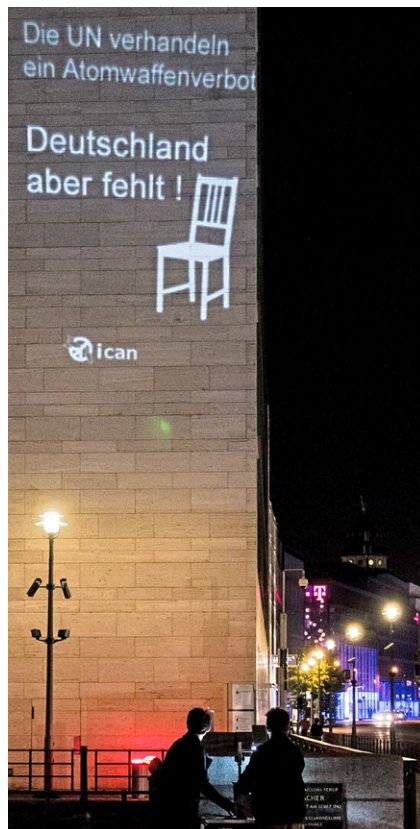
Als einzige Stuttgarterin im Workcamp bot ich an, alle Teilnehmer am Hauptbahnhof willkommen zu heißen und mit ihnen als große Gruppe nach Mutlangen zu fahren. Ziemlich aufgeregt machte ich mich also mit meiner riesigen Peace-Flagge bewaffnet auf den Weg zum Treffpunkt in der Königstraße. Ob ich die anderen wohl alle erkennen und die Gruppe sich schnell zusammenfinden würde?

Doch als Pedro aus Portugal mich an meiner Flagge erkannte, war meine Nervosität verflogen. Von der ersten Sekunde an unterhielten wir uns wie alte Freunde – erleichtert atmete ich auf! Kurz darauf stieß Aldo aus Mexiko zu uns, und wir ließen uns an einem Tisch im Café Lang nieder. Als ich noch damit beschäftigt war, Aldo zu erklären, dass wir uns mit seinem offen zur Schau gestellten Pizzakarton hier nicht sehr beliebt machen würden, kamen auch schon die nächsten an: Sally und Jiayi aus China, bepackt mit genug Koffern für die ganze Gruppe. Das war auch der Moment, in dem mir zum ersten Mal ein kleiner kultureller Unterschied auffiel: Während ich panisch versuchte, die sieben Taschen der Mädels zu bewachen, hielten sie es nicht für nötig, auch nur ein Auge auf ihre Habseligkeiten

zu haben. Die Gunst der zunehmend genervten Kellnerin konnten wir durch den Umstand, dass wir insgesamt nur zwei Getränke bestellten, leider auch nicht gewinnen. Ich versuchte, ihr Mitleid zu erregen, damit wir unseren Tisch nicht verlieren würden – was zum Glück fürs Erste klappte. Immerhin waren wir ja noch nicht vollständig!

Und da kamen auch schon die nächsten Reisenden an: Elif und Rodi, ein junges Paar aus der Türkei. Rodi war der einzige aus der Gruppe, der schon ein bisschen Deutsch gelernt hatte, und er war sehr motiviert, seine Sprachkenntnisse zu verbessern. Ich freute mich sehr, ihm etwas beibringen zu können und war beeindruckt von seiner Auffassungsgabe, seiner Aussprache und seinem Gedächtnis.

Da wir Grigory aus Russland erst auf halber Strecke einsammeln würden, mussten wir jetzt nur noch auf seine Landsmännin Vera warten – die aber leider nie kam. Etwas verunsichert, aber gezwungenermaßen machten wir uns ohne sie auf den Weg. Der war an diesem Wochenende leider aufgrund von Gleisarbeiten etwas beschwerlich. Anstatt mit dem Zug nach Schwäbisch Gmünd fahren zu können, mussten wir die S-Bahn nach Waiblingen nehmen, dort Grigory einsammeln und dann in einen Bus nach Schorndorf umsteigen. Der Plan war ziemlich eng getaktet und löste sich in Luft auf, als wir Grigory in Waiblingen nicht finden konnten. Als er endlich auftauchte, war unser Bus schon weg, was uns noch einen kleinen Umweg über Endersbach einbrachte. Aber schließlich kamen wir doch gut und glücklich in Mutlangen an, wenn auch mit einer Stunde Verspätung.



Protest in Berlin – Gedenken in Nagasaki

Fotos: ICAN (links) Klaudia Dietwisch (rechts)

ATOMWAFFEN SIND EIN RANDTHEMA

Im Wahlkampf für den Bundestag spielt die Frage der Abrüstung keine Rolle. Im Themenkatalog der Internetaktionsplattform Compact kommt nukleare Abrüstung nicht vor. Im Wahlomat der Bundeszentrale für politische Bildung ebenfalls nicht. Wenn nun der Kanzler-Kandidat der SPD in einer Wahlkampfrede den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland fordert, wird ihm Heuchelei vorgeworfen, weil noch im Juli der aktuelle SPD Außenminister das Verbot von Atomwaffen abgelehnt habe. Die Bundesregierung blieb den Verhandlungen zum Atomwaffenverbot fern.

MIT DEM ATOMWAFFENEINSATZ WIRD GEDROHT

Schlagzeilen machen Atomwaffen in der internationalen Politik. Im Konflikt mit Nordkorea droht der US-Präsident unverhohlen mit dem Einsatz von Atomwaffen: „Feuer, Wut und Macht, wie sie die Welt noch nie gesehen hat“. Er spielt damit an auf die biblische Beschreibung für Gottes Zorn und Präsident Trumans Erklärung zur Atombombe auf Hiroshima. Nordkorea provoziert ebenfalls mit Drohungen und Raketentests und fachte Anfang September mit einem Atombombentest die Auseinandersetzung noch weiter an.

ATOMWAFFEN WERDEN VERBOTEN

Das ist der Wille von 122 Staaten, die am 7. Juli den Verbotsvertrag bei der UNO verabschiedet haben, der jetzt seit 20. September zur Unterzeichnung aufliegt. Auch wenn die Atomwaffenstaaten an den Verhandlungen nicht teilgenommen haben. Der Vertrag tritt in Kraft, wenn 50 Staaten ihn ratifiziert haben. In diesem Spannungsfeld fanden in diesem Jahr die Gedenkfeiern zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki statt. Im Anschluss daran fand auch die Generalversammlung der Mayors for Peace in Nagasaki statt. Dieser Im Blick analysiert den Verbotsvertrag und dokumentiert Auszüge aus den Reden der Bürgermeister und Beschlüssen der Generalversammlung.

Vereinte Nationen beschließen historisches Abkommen

Am 7. Juli 2017 wurde bei den Vereinten Nationen in New York der Atomwaffenverbotsvertrag, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW), verabschiedet. Zunächst sah es nach einem Konsens aus. Doch dann forderten die Niederlande eine Abstimmung. Der Vertrag wurde dann mit 122 Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme beschlossen. Die internationale Staatengemeinschaft akzeptiert den bisherigen Sonderstatus der Atommächte nicht länger. „Das Verbot schließt eine völkerrechtliche Lücke, die trotz Ende des Kalten

Krieges über Jahrzehnte offen klaffte“, stellt Sascha Hach von ICAN Deutschland fest. Die Atomwaffenstaaten hatten die Verhandlungen boykottiert, ebenso die meisten NATO-Staaten, auch Deutschland. „Der Vertrag wird trotzdem Wirkung entfalten“, sagt Xanthe Hall. „Er stigmatisiert die Besitzer von Atomwaffen und erhöht den Druck zur Abrüstung. Außerdem verbessert sich der Schutz von Opfern von Atomwaffeneinsätzen und -tests durch konkrete Auflagen zu Opferhilfen und Umweltrehabilitation.“ Mit dem Vertrag vollzieht sich eine historische

Wende in der Nuklearpolitik. Erstmals rücken die menschliche Sicherheit und die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen ins Zentrum der Diskussionen. Nukleare Abrüstung ist künftig keine Frage, die Atomwaffenstaaten ungestört unter sich ausmachen können. [Pressemeldung von ICAN]

Der Vertrag

EINE SUMMARISCHE DOKUMENTATION

Die Vertragsstaaten dieses Vertrags, ... eingedenk des unannehmbaren Leids und Schadens, die den Opfern des Einsatzes von Kernwaffen (Hibakusha) sowie den von Kernwaffenversuchen betroffenen Menschen zugefügt wurden,...
sind wie folgt übereingekommen:

→ Artikel 1: Verbote

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals **a)** Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper zu entwickeln, zu erproben, zu erzeugen, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern; **b)** ... weiterzugeben; **c)** ... unmittelbar oder mittelbar anzunehmen; **d)** ... einzusetzen oder ihren Einsatz anzudrohen; **e)** ... irgendjemanden in irgendeiner Weise zu unterstützen; **f)** ... irgendwelche Unterstützung zu suchen oder anzunehmen; **g)** ... eine Stationierung, Aufstellung oder Dislozierung in seinem Hoheitsgebiet oder an irgendeinem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle zu gestatten;

→ Artikel 2: Meldungen

1.) ... Jeder Vertragsstaat gibt an den UN-Generalsekretär eine Meldung ab über Besitz, Nichtbesitz und Beseitigung von Kernwaffen; **2.)** ... dieser leitet alle ihm so zugegangenen Meldungen an die Vertragsstaaten weiter.

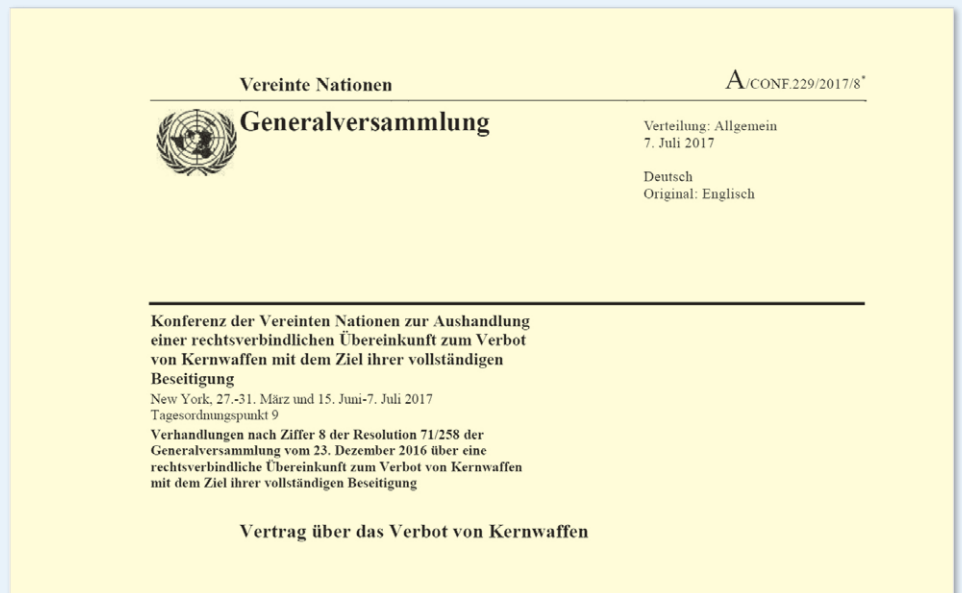
→ Artikel 3: Sicherungsmaßnahmen

Sicherungsverpflichtungen und -abkommen von Nichtatomwaffenstaaten mit der Internationalen Atomenergie-Organisation sind weiter gültig ...

→ Artikel 4: Auf dem Weg zur vollständigen Beseitigung von Kernwaffen

Da kein Atomwaffenstaat den nuklearen Verbotsvertrag unterstützt, wird der gegenwärtige Vorschlag die Welt um keinen einzigen Atomsprenkopf erleichtern.

- Niemand denkt, dass durch dieses Verbot Atomwaffen sofort abgerüstet werden. Es geht hier vielmehr um eine Änderung des Diskurses. Durch die Aberkennung der vermeintlichen Legitimität der Atomwaffen, die aus dem Atomwaffensperrvertrag stammt, wird auch die nukleare Abschreckung in Frage gestellt.
- Ein Atomwaffenstaat, der plant, dem Vertrag beizutreten, muss alle Informationen über seinen Atomwaffenbestand offenlegen, seine Atomwaffen außer Betrieb nehmen und einen Plan vorlegen, wie sie zerstört werden. Der Zeitraum für die Zerlegung soll begrenzt sein, ist jedoch noch nicht im Vertrag definiert, auch nicht die Überprüfung. Dies lässt Spielraum. Fest-schreibungen sollen spätere Prozesse nicht erschweren und blockieren.



Atomwaffenstaaten, die dem Vertrag beitreten, ermöglichen Verifikationsabkommen über die unumkehrbare Beseitigung ihrer Atomwaffenprogramme ...

→ Artikel 5: Innerstaatliche Umsetzung

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen.

→ Artikel 6: Hilfe für Opfer und Umweltsanierung

→ Artikel 7: Internationale Zusammenarbeit und Hilfe

Vertragsstaaten verpflichten sich hierzu.

→ Artikel 8: Treffen der Vertragsstaaten

→ Artikel 9: Kosten

Die Vertragsstaaten kommen regelmäßig zusammen: ein Jahr nach Inkrafttreten; alle zwei Jahre, nach fünf Jahren eine Überprüfungskonferenz. Die Kostenaufteilung wird geregelt.

→ Artikel 10: Änderungen

Sind möglich.

→ Artikel 11: Beilegung von Streitigkeiten

→ Artikel 12: Universalität

Ermutigung zum Beitritt aller Staaten

→ Artikel 13: Unterzeichnung

→ Artikel 14: Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt

→ Artikel 15: Inkrafttreten

→ Artikel 16: Vorbehalte

Sind nicht zulässig.

→ Artikel 17: Geltungsdauer und Rücktritt

Die Geltungsdauer ist unbegrenzt. Rücktritt nur möglich, wenn der Staat sich nicht in einem kriegerischen Konflikt befindet; sie wird nach 12 Monaten gültig.

→ Artikel 18: Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Verpflichtungen aus anderen Verträgen bleiben bestehen.

→ Artikel 19: Verwahrer

ist der UN-Generalsekretär

→ Artikel 20: Verbindliche Wortlaute

Pro und Kontra: Wie Gegner des Vertrags argumentieren

Der Nichtverbreitungsvertrag ist ausreichend. In ihm sind auch die Atomwaffenstaaten vertreten.

- Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verbietet keine Atomwaffen. Er erkennt fünf Atommächte an. Der NVV verlangt zwar von allen Parteien, die nukleare Abrüstung in redlicher Absicht durch Verhandlungen voranzutreiben, aber er setzt keinen Zeitrahmen. Er verhindert nicht Atom-mächte außerhalb des Vertrages (Israel, Indien und Pakistan) und kann innerhalb einer dreimonatigen Frist verlassen werden (Nordkorea).
- Zwar sind seit dem Ende des Kalten Krieges die Atomwaffenarsenale auf der ganzen Welt deutlich abgebaut worden. Russland und die USA haben ihre Arsenale um je 80% geschrumpft. Als Unterzeichner des NVV waren sie dazu auch verpflichtet. Die Verpflichtung zur vollständigen Abrüstung ignorieren sie jedoch und rüsten ihre Arsenale technisch auf.

Der neue Vertrag kann den Nichtverbreitungsvertrag untergraben.

- Alle bereits bestehenden Abkommen mit der IAEA werden beim Beitritt einfach übernommen. Wenn ein Staat das zusätzliche Protokoll zum sogenannten Safeguards-Abkommen unterzeichnet hat, gilt dieses ebenfalls weiter.
- Der Vertrag muss sich zunächst im internationalen Völkerrecht etablieren und argumentativ angewendet werden. Dies wird sicherlich im Rahmen der Konferenzen zur Überprüfung des NVV geschehen. Die Abrüstungsverpflichtung aus dem NVV wird durch den Verbotsvertrag gestärkt.

Zusammengestellt aus Zeitungsbeiträgen und Analysen von ICAN und IPPNW [wsh]



Nagasaki soll die letzte Stadt bleiben, die von einer Atombombe verwüstet wurde. [Foto: Roland Kern]

Perspektiven

AUS DER FRIEDENSDEKLARATION VON HIROSHIMA

Die Hölle gehört nicht der Vergangenheit an. Solange Atomwaffen existieren und politische Entscheidungsträger ihre Verwendung androhen, könnte ihr Schrecken jederzeit in unsere Gegenwart eintreten. Du könntest ihre Grausamkeit erleiden. Deshalb bitte ich alle, die Stimmen der Hibakusha zu hören.

Die japanische Verfassung lautet: "Wir, die Japaner, versprechen bei unserer nationalen Ehre, diese hohen Ideale und Ziele mit all unseren Ressourcen zu verwirklichen." Deshalb rufe ich vor allem die japanische Regierung auf, den Pazifismus unserer Verfassung zu manifestieren, indem sie alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Lücke zwischen Atomwaffen- und Nichtnuklearwaffenstaaten zu überbrücken und somit die Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen zu erleichtern.

■ Kazumi Matsui

Bürgermeister von Hiroshima, am 6. August 2017

AUS DER FRIEDENSDEKLARATION VON NAGASAKI

„Nie mehr Hibakusha“ Diese Worte drücken den Herzenswunsch der Hibakusha aus, dass in der Zukunft niemand in der Welt wieder die Erfahrung der katastrophalen Zerstörungen erleben muss, die durch Nuklearwaffen verursacht werden. In diesem Sommer hat dieser Wunsch viele Nationen in aller Welt erreicht und zum Abschluss eines Vertrages geführt. (...) Dies war ein Moment, in dem all die jahrelangen Bemühungen der



Foto WSH

Hibakusha schließlich Gestalt annehmen. Ich möchte diesen Vertrag, der das Leiden und die Kämpfe der Hibakusha erwähnt, gerne als „den Vertrag von Hiroshima & Nagasaki“ bezeichnen.

Es gibt noch immer etwa 15.000 Nuklearwaffen auf der Welt. Die internationale Situation zu den Nuklearwaffen wird immer angespannter, und ein starkes Gefühl der Angst weitet sich rund um den Erdball aus, dass diese Waffen in einer nicht allzu fernen Zukunft tatsächlich wieder eingesetzt werden könnten.

Ich richte hiermit den folgenden Appell an die Nuklearstaaten und die Nationen unter ihrem Nuklearschirm. Die nukleare Bedrohung wird nicht enden, solange Nationen für sich in Anspruch nehmen, dass Nuklearwaffen für ihre nationale Sicherheit unentbehrlich sind. Bitte überdenken Sie Ihre Politik, Ihre Nationen durch Nuklearwaffen

schützen zu wollen. (...) Die ganze Welt erwartet Ihre mutigen Entscheidungen. An die japanische Regierung richte ich diesen Appell. (...) Die Nichtbeteiligung an den diplomatischen Verhandlungen ist für diejenigen von uns absolut unverständlich, die in den Städten leben, welche Atombombenabwürfen ausgesetzt waren. Als das einzige Land in der Welt, das zu Kriegzeiten tatsächlich Atombombenabwürfen ausgesetzt war, bitte ich die japanische Regierung, dem Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen zur frühestmöglichen Gelegenheit beizutreten und die Politik zu überdenken, sich auf den Nuklearschirm zu verlassen. Die internationale Gemeinschaft erwartet die Beteiligung Japans.

■ Tomihisa Tawe

Bürgermeister von Nagasaki, am 9. August 2017



Der Atomwaffenverbotsvertrag soll die Atomkriegsgefahr bannen. [Foto: Sakhr Aldi]



Beim Flaggentag in den Rathäusern (hier in Stuttgart) und während der Aktionspräsenz in Büchel zeigten Mitgliedsorte von Mayors for Peace wo sie hin wollen
Fotos: Sakhr Aldi (links) WSH (rechts)



DER NAGASAKI APPELL

Mit dem Ziel der baldigen Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags werden die Mayors for Peace sich bemühen, diesen Vertrag noch effektiver zu machen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Hibakusha, der Zivilgesellschaft und den Vertragsstaaten, die als treibende Kraft für der Annahme des Vertrages aktiv waren, stärkt. Alle Mitgliedsstädte werden auf ihre nationalen Regierungen engagiert einwirken, den Vertrag anzunehmen. Insbesondere drängen wir die Regierungen der Atomwaffenstaaten und diejenigen unter einem Nuklearschirm, dies zu tun.

■ **9. Generalkonferenz der Mayors for Peace** am 10. August 2017

EINE NEUE ABRÜSTUNGSPOLITIK IST NOTWENDIG

Nachdem sie ihr Ziel erreicht haben, einen Vertrag auszuhandeln, der Atomwaffen verbietet und der explizit auf ihre Beseitigung ausgerichtet ist, müssen nun die Staatsvertreter aus mehr als 120 Ländern und die unzähligen Friedensaktivisten, die sich in den Gesprächen engagiert haben, die politische Herausforderung annehmen, sich dafür zu engagieren, dass auf der ganzen Welt Öffentlichkeit und Regierungen den Vertrag schnell annehmen und ihn sich zu eigen machen. Der Verbotvertrag legt den Vertragsstaaten die potenziell starke Verpflichtung auf, den Beitritt zum Vertrag zum Bestandteil ihrer politischen Auseinandersetzung mit den Kernwaffenstaaten zu machen. Der Artikel 12 schreibt vor, dass Staaten Abrüstungsdiplomatie und vieles mehr betreiben.

Darin steht: Jeder Vertragsstaat ermutigt Staaten, die nicht Vertragsstaaten dieses Vertrags sind, den Vertrag zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten, mit dem Ziel des Beitritts aller Staaten zu diesem Vertrag. Dies erfordert neue Arten von staatlicher und öffentlicher Auseinandersetzung und öffnet die Tür für neue Arten der transnationalen Bürgerdiplomatie für Abrüstung. Ein wichtiger Schritt in der neuen Abrüstungspolitik muss die Diskussion über die Formen der Ermutigung sein, und welche Rolle die Bürger der Verbotvertragsstaaten und der Atomwaffenstaaten in dieser Bemühung spielen können und sollten.

■ **Zia Mian**
im „Bulletin of the Atomic Scientist“

2018 UNO Hochrangige Konferenz Arbeitsgruppe

Die Vereinten Nationen haben beschlossen, im Jahr 2018 eine hochrangige Konferenz über nukleare Abrüstung zu halten, um Fortschritte bei der Verwirklichung einer Atomwaffenkonvention zu erreichen. Ähnliche hochrangige UN-Konferenzen, die in den vergangenen Jahren stattfanden, waren erfolgreich, darunter die Konferenz zum

Klimawandel (2015), die das Pariser Abkommen erreicht hat. Abolition 2000 hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Ziel es ist, die zivilgesellschaftliche, parlamentarische und staatliche Unterstützung für die hochrangige UNO-Konferenz zur nuklearen Abrüstung zu stärken, die Agenda zu beeinflussen und den Erfolg zu gewährleisten.

Ebenso engagiert sich das Parlamentarische Netzwerk PNND dafür, dass Abgeordnete ihre Regierungen dazu ermutigen, mit hochrangigen Vertretern teilzunehmen.

Kontakt: Alyn Ware
info@baselpeaceoffice.org

Der Atomwaffenverbotsvertrag öffnet die Tür für eine Desinvestitionskampagne

INVESTITIONEN AUF BUNDES- UND KOMMUNALEBENEN ÜBERPRÜFEN

Eine Handvoll Länder (Lichtenstein, Neuseeland, Norwegen und die Schweiz) haben bereits auf das Engagement von Parlamentariern und der Zivilgesellschaft hin eine Desinvestition aus der Atomwaffenindustrie eingeführt. Der Einfluss war bisher moderat, aber wenn sie mit 40, 50 oder sogar 100 weiteren Ländern zusammenkommen, die wie sie den Verbotvertrag ratifizieren, würde sich dieser Einfluss exponentiell vermehren.

Das hofft die Initiative „Move the Nuclear Weapons Money“, hinter der das Internationale Friedensbüro, das World Future Council und PNND stehen. Sie werden kooperieren mit der Arbeitsgruppe von Abolition 2000 „Wirtschaftliche Dimensionen des Nuklearismus“. Diese Fragen sollten nicht nur auf dem nationalen Level diskutiert werden, sondern könnten auch auf der Ebene der Kommunen durch Mitgliedsorte von Mayors for Peace aufgegriffen werden.
www.demilitarize.org



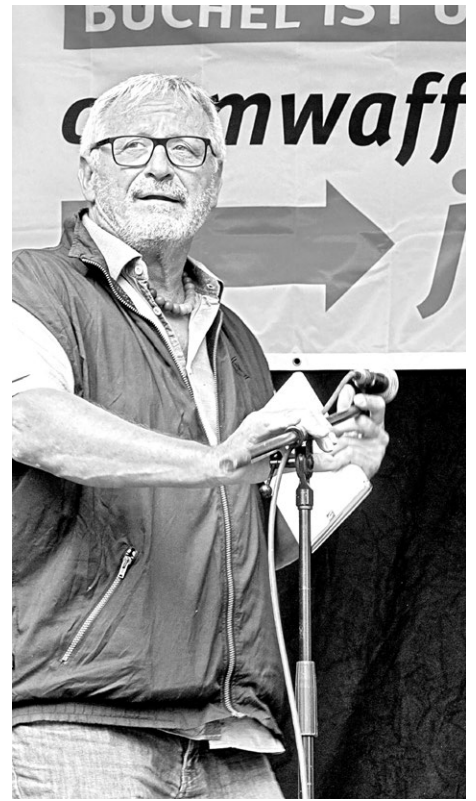
»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG (www.versoehnungsbund.de) und SPINNRAD (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD63333
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Diskussionen um Gewaltfreiheit, Kochen für das Friedenscamp, Zuhören beim Konzert mit Konstantin Wecker [Fotos: WSH und Thomas Bühler]

AM HISTORISCHEN ORT UND UNTERWEGS

Nach einer ersten erholsamen Nacht in den Zelten hatten wir am nächsten Tag beim Willkommensfest die Möglichkeit, uns und die Teamer besser kennenzulernen. Bei Kaffee und Kuchen sangen wir Lieder aus Deutschland, Mexiko und den USA.

Die Stimmung in der Gruppe war toll, die gemeinsame Überzeugung sowie das Engagement aller Beteiligten schweisste uns zusammen, und die nächsten Tage vergingen wie im Flug.

Wolfgang führte uns durch Mutlangen und erzählte Geschichten aus der Zeit der Blockaden. Die Bürgermeisterin von Mutlangen empfing uns in der Neubausiedlung beim Kunstwerk von Klaudia Dietewich.

Wir diskutierten über vieles: Gewaltfreiheit, Atomwaffen und Kunst und erzählten uns viel.

Zu den Highlights, die mir für immer in Erinnerung bleiben werden, gehört der gemeinsame Besuch im Stuttgarter Rathaus, wo wir bei den Vorbereitungen zur Ausstellung „50 Cities - 50 Traces“ von Klaudia Dietewich helfen durften. Die Künstlerin hat Spuren auf den Straßen verschiedener Städte fotografiert, um zu zeigen, wie schön und vielfältig unsere Welt ist.

Besonders viel Spaß hatte ich, als ich den anderen meine Stadt zeigen durfte, weil ihr Interesse einfach umwerfend war. Ihre Fragen haben dazu geführt, dass ich Stuttgart plötzlich mit ganz anderen Augen sehen konnte.

Eine tolle Erfahrung war auch die Mitarbeit bei Ohne Rüstung Leben. Wir durften einen Blick hinter die Kulissen werfen, beim Verschicken des letzten FreiRaums helfen und den spannenden Erzählungen von

Paul Russmann lauschen. Ein weiterer Höhepunkt war der Flaggentag, der uns nach Mutlangen, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart und Mainz führte. Wir trafen die jeweiligen Bürgermeister und konnten unsere selbst geplante Kunstaktion vorführen, um den Besuchern zu zeigen: Es ist zweieinhalb Minuten vor zwölf! Die zweite Woche verbrachten wir auf Reisen durch Deutschland: Wir besuchten Rothenburg, Mainz und Büchel – eine tolle Zeit!

Ich bin unglaublich froh, dass ich Teil dieses Workcamps sein durfte. Neben all den inhaltlichen Erkenntnissen habe ich Freunde fürs Leben aus aller Welt kennengelernt. Zwei von ihnen konnte ich schon wiedersehen und Einladungen nach China und Mexiko sind noch offen. Also: Nichts wie los und die Welt entdecken!

IN BÜCHEL, DORT WO NOCH ATOMBOMBEN LAGERN

Wenn legale Mittel an ihre Grenzen stoßen tragen Verbotsüberschreitungen dazu bei, die militärischen Bedrohungen im Blick der Öffentlichkeit zu behalten.

Die letzten Tage verbrachte die Gruppe im Friedenscamp beim Fliegerhorst Büchel. Dort werden seit Jahren US-Atombomben für den Einsatz bereitgehalten. Die Vereinigten Staaten planen nicht deren Abschaffung, sondern ihre technische Erneuerung für präzisere und damit wahrscheinlichere Einsätze. Deutsche Tornado-Piloten trainieren den Abwurf. Aktivisten aus den Niederlanden und den USA erklärten, warum Nuklearwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit sind und ein Verstoß gegen das Kriegs- und Völkerrecht.

Spannende Herausforderungen waren auf die Workcamper zugekommen: Eine Umstellung vom daheim in den Großräumen Peking, Moskau und von Mexiko in das Friedenscamp in Büchel ohne fließend Wasser. Da gab es nur etwas Solarstrom zum Akkuladen fürs Smartphone, dem letzten Rückzug ins Vertraute. Das jedoch förderte die Geselligkeit. Zugleich ein Sprung von einem kulturellen Mainstream in eine friedensbewegte kreative Minderheit eines fremden Landes, vom kuscheligen Bett auf eine dünne Schlafmatte im Zelt- und es wurde in der Eifel nachts recht kalt. Das ungewohnte vegetarische Essen wurde mitgekocht und mitgegessen. So nahm man fünf Tage lang Teil am einfachen Lebensstil des Friedenscamps zur Aktionspräsenz, das, entsprechend der 20 Atombomben nebenan, sich 2017 über 20 Wochen erstreckte.

[Sarah Gräber und Thomas Bühler]

Nachtrag: Vier US-Aktivisten und einem Deutschen gelang es wenige Tage später, durch Zäune und Stacheldrähte in den Fliegerhorst einzudringen und das Dach des Bomben-Bunkers zu besetzen. Bemerkte und festgenommen wurden sie erst, als sie „DISARM“ (Entwaffnen) auf das Tor schrieben und Friedenslieder sangen. Inhaftierungen sind sie offenbar gewohnt, sie nennen sich scherzhaft „Prison Gang“ (Gefängnisbande). Ein Befehlshaber wies auf die Gefährlichkeit ihres Tuns hin: „Sie hätten erschossen werden können“ - „Eine viel größere Gefahr geht von den hier gelagerten Atombomben aus“ antwortete die 73-jährige Susan Crane im Blick auf hunderttausende potentielle Menschenopfer.

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
 Atom- und Uranwaffen.
 Für die friedliche Nutzung
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
 Pressehütte Mutlangen
 Friedens- und Begegnungsstätte
 Mutlangen e.V.
 Forststraße 3
 73557 Mutlangen
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
 www.pressehuette.de
 post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 ist der Bezug im Mitglieds-
 beitrag enthalten.

Bankverbindungen
 nur für Abo-Gebühren:
 Friedens- und Begegnungsstätte –
 FreiRaum
 Raiffeisenbank Mutlangen
 DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 Kreissparkasse Ostalb
 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
 Stichwort: Spende FreiRaum
 Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
 V.i.S.d.P
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
 Beiträge geben nicht unbedingt
 die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
 Michael Heidinger Grafikdesign
 www.michael-heidinger.com

Druck
 UWS-Druck und Papier GmbH
 70184 Stuttgart,
 Telefon (07 11) 46 30 05
 mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

Vom NATO-Doppelbeschluss zur Null-Lösung

30 JAHRE INF-ATOMWAFFENVERTRAG UND WAS DARAUS GEWORDEN IST

Die zwischen Washington und Moskau vereinbarte Null-Lösung vom Dezember 1987 führte zum Abzug aller atomaren Mittelstreckenraketen aus Europa. Dieser wesentlich durch Druck der Friedensbewegung bewirkte Abrüstungserfolg ist jetzt in Gefahr. Die USA und Russland beschuldigen sich gegenseitig der Verletzung des INF-Vertrages. Beide Seiten rüsten ihre Atomwaffenarsenale technisch auf. US-Präsident Donald Trump betrachtet Atomwaffen nicht nur als Instrumente zur Abschreckung, sondern zur Kriegsführung. Der russische Präsident Wladimir Putin droht mit der Stationierung von Atomwaffen in Kaliningrad. Das NATO-Mitglied Polen fordert in Reaktion auf Russlands völkerrechtswidriges Vorgehen gegen die Ukraine die Stationierung von US-Atomwaffen auf seinem Territorium. Ist der INF-Vertrag noch zu retten?

VORTRAG: Andreas Zumach
TERMIN: 5. Dezember 19 Uhr
 Volkshochschule Schwäbisch Gmünd



ANDREAS ZUMACH
 arbeitet heute als freier
 Journalist bei der UNO in
 Genf. In den 80er-Jahren
 war er Mitglied im Koordi-
 nierungsausschuss der
 Friedensbewegung.

Nach dem Vortrag laden die
 Vereine der Pressehütte
 Mutlangen aus Anlass des
 60. Geburtstags von Wolf-
 gang Schlupp-Hauck zu
 einem Stehempfang ein.

